

Beirat für Migration und Integration

Dreyer: Neues Gremium soll Landesregierung beraten / Reform der Ausländerbeiräte geplant

Von
Stefanie Widmann

MAINZ Migration und Integration hat die rheinland-pfälzische Sozialministerin Malu Dreyer (SPD) zum besonderen Schwerpunkt ihres Ministeriums für das Jahr 2007 erklärt. „Wir begreifen Integration als Teilhabe in allen Lebensbereichen und verfolgen eine Politik, die auf Chancengleichheit und Partizipation setzt“, betonte Dreyer gestern in Mainz. Sie kündigte ein Integrationskonzept an, das alle Bereiche ihres Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familien und Frauen umfasse und darüber hinausgehe. Darin sollen konkrete Ziele und Handlungsleitlinien definiert werden. Angestrebt werde, die Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen der

Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern, ihr Armutsrisiko zu senken, den Zugang zu gesundheitlichen Angeboten zu erleichtern, die Wohnsituation zu verbessern und den interkulturellen Dialog zu fördern.

Die 2002 gestartete Initiative für Integration (RiFi) will Dreyer in einen „Landesbeirat für Migration und Integration“ umwandeln, der beratende Funktion haben und bei Vorhaben der Landesregierung angehört werden soll. „Ich will den Beirat stark ans Haus binden; wir haben hier sehr gute Erfahrungen mit Beiräten“, kündigte Dreyer an. Das Gremium, dessen Geschäftsführung in den Händen der seit der Wahl 2006 in ihrem Ministerium angesiedelten Migrations- und Integrationsbeauftragten Maria Weber

liegen wird, soll sich im Wesentlichen aus den RiFi-Mitgliedern rekrutieren. Zu den Projekten gehört, das Thema duale Ausbildung in Deutschland in den Wissenskanon von Imamen zu implantieren sowie muttersprachliche Elternabende.

Auch die Ausländerbeiräte, deren Wahlmodus in Rheinland-Pfalz schon lange auf Kritik stößt, will Dreyer reformieren. „Ob das Gremium gewählt werden oder berufen werden wird, ist noch nicht entschieden“, sagte die Ministerin. Auf jeden Fall würde sie Menschen mit Migrationshintergrund gerne auch dann in die Arbeit mit einbeziehen, wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Im Sommer soll eine Kommission einberufen werden, so dass die Reform bis zu den nächsten

regulären Ausländerbeiratswahlen abgeschlossen und in Kraft sei. „Jeder kann sich mit guten Vorschlägen auf unserer demnächst freigeschalteten Homepage melden kann“, rief Dreyer alle zur Mitarbeit auf. Zudem solle künftig ein Preis für vorbildliches kulturelles Miteinander ausgelobt werden, wahrscheinlich mit jährlich wechselnden Zielgruppen – zum Beispiel einmal für Kommunen, einmal für Krankenhäuser und so weiter.

Als „enttäuschend“ bewertet die CDU Dreyers Ankündigungen zur Migration. Rheinland-Pfalz laufe Gefahr, der Entwicklung in anderen Bundesländern hinterherzuhinken, sagte die stellvertretende Vorsitzende und Integrationsbeauftragte der Fraktion, Marlies Kohnle-Gros.